

## Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>Auszeichnung für engagierte Jugendliche</u> Diakonie und Evangelische Jugend verleihen MachMit!Award 2016	S. 1
<u>Empfänger von Hartz IV und Sozialhilfe bekommen zu wenig</u> Gesetzentwurf berechnet Regelsätze am Bedarf vorbei	S. 3
<u>„Satt ist nicht genug!“</u> Brot für die Welt startet neue Spendenaktion	S. 5
<u>„Ansporn für sozialpolitischen Journalismus“</u> 14. Diakonie Journalistenpreis verliehen	S. 7
<u>Geflüchtete Kinder sind vielfach belastet</u> Diakonie zum Internationalen Tag der Kinderrechte (20. November)	S. 9
<u>Gleichberechtigte Gäste</u> Landesbischof July und Oberkirchenrat Kaufmann laden in Vesperkirchen ein	S. 11
<u>Übergänge in Arbeit werden weniger</u> Zumeldung zur Meldung der Agentur für Arbeit	S. 12

## Aus den Regionen

<u>Hinwendung zum Menschen – von Anfang an</u> Karlshöhe feiert 140. Geburtstag	S. 14
<u>Nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden</u> Fachdienste der eva luden zur Bundesfachkonferenz Zwangsverheiratung	S. 15
<u>mitMensch Preis 2016</u> Förder- und Betreuungsbereich der GWW einer der Preisträger	S. 17
<u>„Wir müssen weg von Zuständigkeiten, hin zu Verantwortlichkeiten!“</u> Zieglerische haben das 100-jährige Jubiläum ihrer Vereinsgründung gefeiert	S. 18

**Kurznachrichten** S. 20

**Personalnachrichten** S. 21

Redaktion: Claudia Mann

### Auszeichnung für engagierte Jugendliche

**Die Gewinner des Jugenddiakoniepreises 2016 sind in der Evangelischen Jugendkirche in Mannheim mit dem MachMit!Award 2016 ausgezeichnet worden.**

**Stuttgart/Mannheim.** Der erste Preis in der Altersstufe 13 bis 17 Jahre geht an die „Eine Welt-AG“ des Gymnasiums in Schramberg. Bei den 18- bis 27-Jährigen darf sich eine Gruppe aus Heidelberg über den ersten Preis freuen. Den Sonderpreis zum Thema Flüchtlinge erhalten die Werkrealschüler der Freien Christlichen Schule in Freiburg für ihr Projekt „blue – a refugee tragedy“. „Es ist faszinierend und bemerkenswert, mit welchem hohem Engagement Jugendliche in Baden-Württemberg fantasievolle und kreative Projekte entwickeln und umsetzen, um denjenigen in unserer Gesellschaft zu helfen, denen es nicht so gut geht“, betonte die badische Landesjugendpfarrerin Ulrike Bruinings die Bedeutung des Jugenddiakoniepreises. Der MachMit!Award wird jährlich von den Diakonischen Werken und der Evangelischen Jugend in Baden und Württemberg in Zusammenarbeit mit den Zieglerschen vergeben.

Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Schramberg engagieren sich in der Eine-Welt-AG. Mit Verkaufs- und Spendenaktionen haben sie junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr in Kenia, Bolivien und auf den Philippinen unterstützt. Dabei informierten sie über deren Tätigkeit und über den fairen Handel. Für ihr Engagement erhalten die Schülerinnen und Schüler den ersten Platz beim Jugenddiakoniepreis 2016 in der Kategorie der 13- bis 17-Jährigen.

Heidelberger Studentinnen und Studenten bieten Frauen in der Untersuchungshaft im Mannheimer Gefängnis die Möglichkeit, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Die Gefangenen produzieren ein Gesellschaftsspiel, das die nun ausgezeichneten Ehrenamtlichen verkaufen, um Lohn- und Materialkosten zu decken und die Resozialisierung zu unterstützen. „Für andere etwas zu tun ist eine wunderbare Erfahrung, denn sie stärkt einen selbst. Dazu beizutragen, dass andere eine sinnvolle Arbeit haben, ist ein doppelter Gewinn. Mit diesem und den anderen prämierten Projekten setzen die Preisträger des diesjährigen Jugenddiakoniepreises unser diakonisches Anliegen der tätigen Nächstenliebe für eine gute Gesellschaft für alle vorbildlich um“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Für ihr Engagement erhalten die Studentinnen und Studenten den ersten Preis in der Kategorie 18 bis 27 Jahre.

Hannah Hofmann aus Korntal besucht seit Oktober 2015 einmal in der Woche zwei Flüchtlingsfamilien im Ort. Sie beschäftigt sich mit den Kindern und hat Anschluss zur ganzen Familie. Dafür belegt Hannah Hofmann den zweiten Platz beim Jugenddiakoniepreis 2016 in der Kategorie 13 bis 17 Jahre.

Den zweiten Preis bei den 18- bis 27-Jährigen gewinnt der Jugendgemeinderat Heilbronn. Er hat gemeinsam mit einem Kooperationsverbund das Flüchtlingspatenschaftsprojekt Welcome ins Leben gerufen. Vierteljährlich finden große Feste statt, die von ehrenamtlichen Jugendlichen organisiert und von rund 200 Einheimischen und Flüchtlingen besucht werden. Im Angebot sind auch Kochen, Fußball und Malen.

Als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ engagiert sich das Zabergäu-Gymnasium Brackenheim seit Jahren für ein soziales und offenes Miteinander. Neben kleinen Sammel- und Spendenaktionen haben Schülerinnen und Schüler eine Multi-Kulti-Nacht oder ein Rockkonzert für Toleranz organisiert. Auch unterstützen sie die Flüchtlinge in Brackenheim. Der dritte Preis in der Kategorie 13 bis 17 Jahre geht an Schülerinnen und Schüler des Zabergäu-Gymnasiums Brackenheim.

Für ihre Patenschaft für hörgeschädigte und sprachbehinderte Menschen wird eine Gruppe Engagierter mit dem dritten Preis in der Kategorie 18 bis 27 Jahre belohnt. Die Ausgezeichneten geben auch Nachhilfe.

Der Sonderpreis des MachMit!Award 2016 zum Thema „Flüchtlinge“ geht an Werkrealschüler der Freien Christlichen Schule in Freiburg für ihr Projekt „blue – a refugee tragedy“. Schülerinnen und Schüler der Berufspraxis aus der Klasse EP7 haben mit einer aufwändigen Rauminstallation und einer Broschüre beim Schulfest auf das Schicksal von Flüchtlingen aufmerksam gemacht. In ihrer Laudatio hob Ruth Würfel von der Mannheimer Kindervesperkirche den hohen künstlerischen und handwerklichen Anspruch des Projektes hervor. „Das geschickte Zusammenspiel von Raum, Licht, Klang und Bild macht sinnhaft erfahrbar, wie es vielen Menschen auf ihrer Flucht ergeht.“

„Jugend und Diakonie – das gehört zusammen! Das hat Zukunft! Und was dabei heraus kommt, ist preisverdächtig, wie die tollen Projekte zeigen. Deshalb gibt es den Jugenddiakoniepreis. Weil das jugendliche soziale Engagement absolut wertvoll ist“, unterstreicht Pfarrer und Journalist Heiko Bräuning von den Zieglerschen und BigFM.

Mit dem Jugenddiakoniepreis ehrt die Diakonie soziales Engagement junger Menschen in Baden-Württemberg. Insgesamt ist der MachMit!Award 2016 mit Preisgeldern in Höhe von 8.500 Euro dotiert. Eine Jury – unter anderem mit Regina Beck von SWR 3 und Professor Dr. Paul Roß von der Dualen Hochschule in Stuttgart – haben über die Gewinner entschieden. Die vielseitigen Ideen und das große Engagement der jungen Menschen im sozialen Bereich haben die Jurymitglieder beeindruckt. Unterstützt wird der Preis vom Diakonischen Werk Baden, der Stiftung Diakonie Württemberg, den Zieglerschen und dem Jugendradio bigFM. pm

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711/1656-118.

### Empfänger von Hartz IV und Sozialhilfe bekommen zu wenig

**Zur Anhörung am 28. November im Bundestag zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung des Regelbedarfs für Hartz IV und Sozialhilfe äußert sich die Diakonie in Württemberg kritisch. „Die geplante Erhöhung ist nicht ausreichend, und die große Chance, armen Menschen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewähren, wird vertan. Die Grundsicherung wird ihrer Aufgabe, ein menschenwürdiges Leben sicherzustellen, nicht mehr gerecht“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Der Gesetzentwurf betrifft Arbeitssuchende (SGB II) sowie Erwerbsunfähige und Ältere (SGB XII) und soll zum Jahreswechsel in Kraft treten.**

**Stuttgart.** Die Regelsätze des SGB II (Hartz IV, Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB XII (Sozialhilfe für Erwerbsunfähige und Ältere) sollen zum 1. Januar 2017 um fünf Euro auf dann 409 Euro für eine allein-stehende erwachsene Person steigen. Weitere Haushaltsangehörige erhalten je nach Lebensalter deutlich niedrigere Beträge. Die Steigerung beträgt 1,2 Prozent oder 17 Cent pro Tag. Bei einer Inflationsrate von aktuell 0,8 Prozent könne von einer Erhöhung nicht die Rede sein, kritisiert Kaufmann. „Die große Chance, armen Menschen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewähren, wird vertan. Die Berechnung berücksichtigt unverständlicherweise nicht den wissenschaftlich erhobenen Bedarf von Menschen mit Anspruch auf Sozialleistungen.“

Die Ermittlung der Regelsatzhöhe soll für 2017 aus der alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erfolgen. Mittlerweile liegen die Daten und Auswertungen der EVS 2013 vor. Allerdings hatte die Bundesregierung schon 2011 beschlossen, nicht mehr die unteren 20 Prozent, sondern nur noch die unteren 15 Prozent der Einkommen zu berücksichtigen, was automatisch eine relative Absenkung zur Folge hat.

Zusätzlich werden die ermittelten Verbrauchsgewohnheiten der unteren Einkommensgruppen nicht vollständig als Bedarf der Sozialleistungsbeziehenden anerkannt. Deshalb hatte die Diakonie Deutschland bei Dr. Irene Becker, Expertin für empirische Verteilungsforschung, ein Gutachten in Auftrag gegeben, das diese Abzüge analysiert und bewertet. Danach werden von den monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel und Getränke 16,85 Euro, von den Ausgaben für Gesundheitspflege 31,43 Euro und von den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 25,36 Euro sachwidrig nicht als Bedarf von Grundsicherungsempfängern anerkannt. Insgesamt belaufen sich diese Abzüge für eine allein-stehende erwachsene Person auf 147,36 Euro. „Um diesen Betrag müsste der Regelsatz höher ausfallen, wenn sich die Bundesregierung tatsächlich an dem Statistikmodell und damit an den gesellschaftlichen Standards und Wohlstandsniveaus orientieren würde“, bekräftigt Kaufmann das Ergebnis.

Die Abstriche haben zur Folge, dass die Regelsätze in den gesetzlichen Grundsicherungssystemen deutlich unterhalb der Armutsgrenze bleiben. „Damit wird Armut in Deutschland verfestigt und nicht bekämpft“, sagt Dieter Kaufmann. Armen Menschen fehle die Möglichkeit, sich gut zu ernähren, und die Teilhabe an Mobilität und Freizeitgestaltung. Die Möglichkeiten, sich die notwendigen Gesundheitsmittel und -dienstleistungen zu beschaffen, seien eingeschränkt. „Die Grundsicherung wird ihrer Aufgabe, ein menschenwürdiges Leben sicherzustellen, nicht mehr gerecht.“

### **Hintergrund**

Die Höhe der Regelsätze wird seit 1990 nach dem sogenannten Statistikmodell ermittelt. Diese Methode sollte die bis dahin geltenden obrigkeitlich-staatlichen Festlegungen zur Anerkennung des Bedarfs von Sozialhilfeempfängern (Warenkorbmodell) vermeiden. Seither orientiert sich die Höhe der Regelsätze an den Verbrauchsgewohnheiten der unteren Einkommensgruppen, die damit als die sozio-kulturelle Untergrenze gesetzt werden. Die statistische Erhebung und Ableitung der Regelsätze aus der alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), einer Befragung von 60.000 Haushalten, sollte die Anpassung an sich ändernde gesellschaftliche Standards und Wohlstandsniveaus sicherstellen. In den Zwischenjahren passen sich die Regelsätze an die Einkommens- und Preisentwicklungen an. Allerdings überlagern immer wieder finanzpolitisch motivierte Einschränkungen und Kürzungen die mithilfe der EVS ermittelten Verbrauchsgewohnheiten. kk/cm

Weitere Informationen: Klaus Kittler, Referent für Arbeitslosenhilfe und Armut, Tel.: 0711/1656-233, E-Mail: kittler.k@diakonie-wuerttemberg.de

„Satt ist nicht genug!“

**Der baden-württembergische Auftakt der 58. Aktion Brot für die Welt mit feierlichem Gottesdienst hat in der Stuttgarter Stiftskirche stattgefunden. Aus diesem Anlass riefen die Landesstellen Brot für die Welt in Baden-Württemberg die Politik auf, die Verantwortung für die Folgen agrarpolitischer Entscheidungen zu übernehmen. Zehn Prozent des EU-Entwicklungsetats sollten in die Förderung von Kleinbauern und Kleinfischern fließen.**

**Karlsruhe/Stuttgart.** Brot für die Welt rückt in der diesjährigen Spendenaktion die Überwindung von Hunger und Mangelernährung in Städten in den Mittelpunkt. In der Hoffnung auf ein besseres Leben ziehen immer mehr Menschen vom Land in die Stadt. Dieser weltweite Trend gilt besonders auch für Entwicklungsländer. In Württemberg steht in diesem Jahr Mosambik im Blickfeld der Aktion. Der Brot für die Welt-Partner OLIPA-Odes in Mosambik unterstützt Bäuerinnen und Bauern dabei, Genossenschaften zu gründen und ihre Produkte so zu vermarkten, dass sie ein ausreichendes Einkommen für sich und ihre Familien erwirtschaften können. Den Auftakt zur neuen Aktion in Baden-Württemberg gestalteten im Gottesdienst am Vorabend des 1. Advent Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, Pfarrer Volker Erbacher, Ökumenische Diakonie Baden und Stiftskirchenpfarrer Matthias Vosseler.

Weltweit sind mehr als zwei Milliarden Menschen mangelernährt, weil ihre Nahrung zu wenig Vitamine und Mineralstoffe enthält. Dieser „stille Hunger“ gefährdet besonders Kinder und hat oft lebenslange Folgen. Die aktuelle Spendenaktion steht deshalb unter dem Motto „Satt ist nicht genug – Zukunft braucht gesunde Ernährung“. „Gottes Vielfalt muss allen Menschen zur Verfügung stehen. Gesunde, vielfältige Ernährung ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit“, sagt Kaufmann. „Damit Lebensmittel für uns und andere gesund sind, muss die Politik in Deutschland und Europa Verantwortung für die internationalen Folgen agrarpolitischer Entscheidungen übernehmen.“ Es gelte, weltweit kleinbäuerliche Landwirtschaft und Kleinfischer verlässlich und nachhaltig zu fördern. Die Förderkriterien seien Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Erhalt von Artenvielfalt, Pflege von Kulturlandschaften und der Erhalt nachhaltiger, regionaler Strukturen. „Dafür sollten die EU und ihre Mitgliedsstaaten mindestens zehn Prozent ihrer Entwicklungsetats zur Verfügung stellen.“

Erbacher fordert: „Damit die Familienbetriebe der Kleinbauern für ihre regional angebauten frischen Lebensmittel auch weiterhin Abnehmer finden, muss die Dominanz der großen Konzerne über den Anbau von Nahrungsmitteln bis zum Verbrauch zurückgewiesen und bäuerliches Engagement gefördert werden. Verlässliche Liefer- und Wertschöpfungsketten sind nötig, um die Nachfrage in den Städten und die Versorgung aus den ländlichen Regionen zu verbinden.“

Brot für die Welt ist das weltweit tätige Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen. Gegründet 1959, fördert das Werk heute in mehr als 90 Ländern Projekte zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit. Die Kollekte an Heiligabend und am ersten Weihnachtsfeiertag ist in evangelischen Kirchengemeinden traditionell für Brot für die Welt bestimmt.  
as

Weitere Informationen: Birgit Dinzinger, Leiterin der Abteilung Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711/1656-377, E-Mail: [dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de)

„Ansporn für sozialpolitischen Journalismus“

**Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung in Karlsruhe ist am Mittwochabend der 14. Diakonie Journalistenpreis Baden-Württemberg vergeben worden. Acht Journalisten wurden für Ihre Beiträge in unterschiedlichen Kategorien ausgezeichnet. Der Diakonie Journalistenpreis ist mit insgesamt 13.500 Euro dotiert und damit einer der großen Ehrungen für sozialpolitische Berichterstattung im deutschsprachigen Raum. Preisträger, Angehörige und Protagonisten der Beiträge begleiteten die rund dreistündige Veranstaltung. Die Laudatoren würdigten die ausgezeichneten Beiträge als herausragend.**

**Stuttgart/Karlsruhe.** Die SWR 2 Langzeitbeobachtung „Meßstetten - Tausende Asylsuchende als Nachbarn“ von Sandra Müller und Katharina Thoms habe eindrücklich nachvollziehbar gemacht, wie sich das Leben und die Stimmung in einem Ort verändern kann, wenn tausende Flüchtlinge in direkter Nachbarschaft untergebracht werden. Den Autoren sei es gelungen ein bemerkenswertes Stimmungsbild zu zeichnen. Dieses sei von anfänglicher Euphorie und Hilfsbereitschaft in Skepsis und Ablehnung umgeschlagen, bis schließlich wechselseitiges Kennenlernen und Kontakt Flüchtlinge und Einheimische wieder zueinander gebracht hätten.

Esther Saoub und Joachim Auch vom SWR Fernsehen sei es mit ihrem Beitrag gelungen, tief in die Gefühlswelt von Menschen einzudringen, die unter dem Terror des IS gelitten haben und schließlich die Chance bekommen, in Baden-Württemberg ein neues Zuhause zu finden. Samia, die 17 Jahre alte Protagonistin des Films sagte, es sei ihr ein Anliegen gewesen, ihre Geschichte zu erzählen. Zu viele junge Frauen seien noch heute Gefangene des IS und ihr Schicksal viel zu unbekannt.

Julia Bayer von der Stuttgarter Zeitung sei es gelungen, so der Juror, mit ihrem Siegerbeitrag eindrücklich die Geschichte zu erzählen von einem Mann, der sich nach einem Flugzeugabsturz wieder zurück ins Leben kämpft. Zäh und unbeugsam versucht er aus seinem eigenen Erlebnis anderen Menschen Zuversicht und Orientierung zu geben, die ebenfalls Opfer von Brandverletzungen geworden sind.

Besonders beachtet wurde der SWR 3 Report Depression, Siegerbeitrag in der Kategorie Hörfunk kurz. Katharina Jansen habe es geschafft, durch eine Vielzahl von Kurzbeiträgen das Thema Depression umfassend darzustellen. Mit bemerkenswerter Energie habe sie es geschafft, im Rahmen eines Unterhaltungsmediums Information nicht reißerisch und boulevardesk, sondern mit dem Fokus auf Wissensvermittlung und Tiefe aufzubereiten.

Mit Marion Dilg von der SWR Online-Redaktion in Baden-Baden wurde erstmals eine Gewinnerin in der Kategorie Online-Publikation ausgezeichnet. Mit der Dokumentation „Terror von Rechts“ sei es ihr gelungen, Stilelemente von Hörfunk, Print und Fernsehen zu kombinieren und dabei die



Vorteile des Internets zu nutzen. Sie habe umfassend und aufwändig Information nicht nur linear, sondern netzartig aufbereitet. Die Autorin selbst kritisierte, dass Online-Produktionen noch immer zu wenig als selbständiger und vollwertiger Journalismus wahrgenommen würden. Der Preis helfe, dieses Denken zu korrigieren.

Mit dem Sonderpreis „Flüchtlingsarbeit“ wurde Nadja Odeh von SWR 2 ausgezeichnet. In mehreren Beiträgen sei es ihr gelungen, das Schicksal von Flüchtlingen hier in Deutschland nahezubringen. Der Juror betonte, mit der Schilderung ihres eigenen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge habe sie zwar wertenden Journalismus publiziert. Allerdings habe sie dies immer offen zur Schau gestellt, wollte bewusst wertend sein. Dabei sei es ihr gelungen, insbesondere Missstände in Behörden aufzuarbeiten, ohne dabei verletzend zu wirken sondern sogar Verständnis für die verschiedenen Protagonisten zu zeigen.

Die Preisträger dankten der Diakonie für die verliehenen Preise. Sie seien eine Würdigung ihrer Arbeit. Vor allem aber sei der Diakonie Journalistenpreis Ansporn, noch mehr über soziale Themen zu berichten. Durch den Preis steige in den Redaktionen die Bereitschaft, Sendeplätze für sozialpolitische Berichterstattung zu vergeben – allen Budget- und Quotensorgen zum Trotz. Einen Preis für diese Form der Berichterstattung zu bekommen zeige, dass es sich lohne, die Ressourcen und den Mut dafür aufzubringen.

Die Vorstandsvorsitzenden der Diakonischen Werke Baden und Württemberg, Urs Keller und Dieter Kaufmann, sind überzeugt, dass der Diakonie Journalistenpreis selten so hohe Bedeutung gehabt habe wie heute. In Zeiten von AFD und Pegida, in denen Journalisten als vierte Gewalt im Staate diffamiert und beschimpft würden, sei es besonders wichtig, Seite an Seite zu stehen. Diakonie wende sich dem Menschen zu. Auch die Journalisten hätten sich in ihren ausgezeichneten Beiträgen den Menschen zugewandt. ck

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711/ 1656-118.

### Geflüchtete Kinder sind vielfach belastet

**Flüchtlingskinder, die ihr Zuhause verloren haben, brauchen in Deutschland besonderen Schutz. „Gerade Kindern, die eine Flucht hinter sich haben, müssen wir ein behütetes Aufwachsen ermöglichen“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, anlässlich des Internationalen Tags der Kinderrechte am kommenden Sonntag. Schlimme Erfahrungen im Heimatland und auf der Flucht, beengtes Wohnen, wenig Anschluss im Ort und Dolmetscherfunktion für die Eltern – das erschwere ein gesundes Aufwachsen von Flüchtlingskindern. „Den Schwachen, die nicht für sich selber eintreten können, gilt unser Sorgen und Kümmern“, sagt Kaufmann.**

**Stuttgart.** Ein Drittel aller Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind Kinder und Jugendliche. Diese Minderjährigen leben in der Regel mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland – überwiegend mit ihren Familien, teilweise aber auch ohne Begleitung.

„Die Lebenssituation der Flüchtlingskinder findet in der öffentlichen Diskussion nicht die erforderliche Beachtung“, so Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg. Das „Verwaltungshandeln“ widerspreche in vielen Punkten den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention. Die Flüchtlingskinder, ihre Interessen und ihre besondere Lebenslage spielten bei Entscheidungen über Aufenthaltsrechte – sofern sie mit ihren Familien in Deutschland leben – eine nachrangige Rolle. Dies wiege umso schwerer, als diese Kinder oft bei Behörden übersetzen müssen und damit eine Rolle innerhalb der Familie übernehmen, die sie überfordere. „Die zentrale Frage und Herausforderung ist daher, wie wir jungen Flüchtlingen ihr Recht auf Förderung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, wie es im Kinder- und Jugendhilferecht festgelegt ist, garantieren können“, so Eva-Maria Armbruster. Auch Flüchtlingskinder hätten ein Anrecht auf die Einhaltung der Kinderrechte wie sie die UN-Kinderrechtskonvention, das Grundgesetz und das deutsche Kinder- und Jugendhilferecht verbindlich festschreiben.

Geflüchtete Kinder wohnen in der Mehrzahl in Unterkünften, die ihnen und ihren Familien wenig Raum für Privatsphäre lassen. Sie leben beengt, zusammen mit fremden Personen. Pubertierende Jugendliche, die nach Autonomie streben, und kleine Kinder ohne Möglichkeiten zum Spielen sind hiervon besonders betroffen. Die medizinische Versorgung der Mädchen und Jungen beschränkt sich im Wesentlichen auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände. Die Ungewissheit ihrer Zukunft in Deutschland steigert die psychische Belastung. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nach sozialer Gemeinschaft und Teilhabe bei Sport, Kultur und Bildung bleiben unerfüllt.

Aus Sicht der Diakonie Württemberg ist es notwendig, dass die Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit Zugänge und Angebote für Teilhabe schaffen. „Wir müssen die Flüchtlingskinder und ihre Familien stärken, so dass sie für ihre Anliegen selbstbewusst eintreten und unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten können“, so Oberkirchenrat Kaufmann. Das Kindeswohl und der Schutz von Flüchtlingskindern in beengten Gemeinschaftsunterkünften müssten im Blick der Verantwortlichen sein. Der Zugang zu Schule, Kindergärten und weiteren Angeboten, die eine Integration und Teilhabe ermöglichen, sei sicherzustellen. cm

Weitere Informationen: Ulrich Fellmeth, Leiter der Abteilung Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711/1656-216, E-Mail: [fellmeth.u@diakoniewuerttemberg.de](mailto:fellmeth.u@diakoniewuerttemberg.de)

### Gleichberechtigte Gäste

**„Bei Gott gibt es kein Ansehen der Person. Dies gilt auch in unseren Vesperkirchen. Alle, die kommen, sind gleichberechtigte Gäste.“ Mit diesen Worten laden der württembergische Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July und der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, in einem gemeinsamen Brief zu den Vesperkirchen in der kalten Jahreszeit ein und danken allen ehrenamtlich Engagierten und Sponsoren.**

**Stuttgart.** 32 Vesperkirchen gibt es zwischen Oktober 2016 und April 2017 in Baden-Württemberg, die weitaus meisten im württembergischen Teil des Landes. Sie stellen warme Mahlzeiten bereit, machen Angebote zur medizinischen Grundversorgung, bieten Raum für Begegnungen und Gespräche oder glänzen, wie etwa in Stuttgart, durch ein eigenes Kulturprogramm. Eingeladen sind alle, unabhängig davon, ob sie arm oder vermögend sind, ob sie alt, krank, glücklich oder einsam sind. Auch junge Familien mit Kindern zählen zu den Gästen. „Die Ehrenamtlichen schenken jedem Gast Zeit und Zuwendung. Sie tun dies aus Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit. Darin leuchtet mitten in unserem Alltag etwas vom Reich Gottes auf“, schreiben July und Kaufmann.

Bereits Anfang bis Mitte November hatte die ökumenische Vesperkirche in Biberach an der Riß geöffnet. In der evangelischen Spitalkirche wurden täglich circa 120 Essen ausgegeben, zubereitet in der Klosterküche Untermarchtal. Rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Tag für Tag vor Ort, unter ihnen auch Asylbewerber. Gehbehinderte wurden vom Lions-Club bedient. Die meisten Vesperkirchen in Baden-Württemberg finden jedoch Anfang des nächsten Jahres statt. pm

Weitere Informationen: Rainer Scheufele, Referent für Inklusion und Diakonische Gemeindeentwicklung, Tel.: 0711/1656-207.

### Übergänge in Arbeit werden weniger

Zumeldung zur Meldung der Agentur für Arbeit zu den Arbeitslosenzahlen im November 2016

**Stuttgart.** Die Zahl der Arbeitslosen ist im November um 1.203 Personen oder 0,6 Prozent gesunken. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist sie um 226 Personen niedriger ausgefallen. Der Rückgang ist angesichts der Gesamtzahl von 216.025 Arbeitslosen gering. Der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt nicht voran, die Arbeitslosenzahlen bleiben praktisch stabil. Die positive Entwicklung der Beschäftigtenzahlen flacht seit drei Monaten deutlich ab. Die Beschäftigtenzahlen steigen langsamer: Wurden im Juli noch über 100.000 Stellen mehr als im Vorjahr gezählt, so sind es jetzt nur noch 71.900. Vor allem aber wirkt sich dieser Anstieg nicht auf die Arbeitslosenzahlen aus: 71.900 mehr Beschäftigte, aber nur 226 weniger Arbeitslose sind eine ernüchternde Bilanz.

Die Diakonie Württemberg weist wiederholt darauf hin, dass sich eine positive Arbeitsmarktentwicklung fast nur bei den Kurzeitarbeitslosen – SGB III – feststellen lässt, während bei den Langzeitarbeitslosen – SGB II – kaum positive Veränderungen zu erkennen sind. Im Rechtskreis des SGB II ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat um 560 Personen gesunken, während sie im Rechtskreis des SGB III um 643 gesunken ist, wobei die Ausgangszahl der Arbeitslosen im SGB II sehr viel höher ist als im SGB III.

Der Anteil der Hartz-IV-Empfänger an den Arbeitslosen beträgt derzeit 58 Prozent. Die absolute Zahl ist gegenüber dem Vormonat zwar um 560 Personen gesunken, bewegt sich jedoch insgesamt weniger als die Gesamtarbeitslosigkeit und vor allem die Beschäftigtenzahlen. Die Zahl der Menschen, die von Hartz-IV-Leistungen leben – Arbeitslose im Rechtskreis SGB II und ihre Angehörigen – ist im Jahresverlauf entgegen dieser positiven Entwicklung deutlich um 20.487 auf 441.202 Menschen gestiegen. Allein die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist innerhalb eines Jahres um 14.796 auf 316.859 Personen gestiegen. Scheinbar gelingt es den Menschen selbst bei Aufnahme einer Arbeit nicht, sich aus der Hilfebedürftigkeit zu befreien.

Die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit zeigt sich vor allem an der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit für Langzeitarbeitslose, die im SGB-II-Bereich jetzt bei 577 Tagen liegt.

- Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 71.900 (plus 1,6 Prozent) auf 4.504.300 Personen gestiegen. Die Arbeitsmarktentwicklung ist positiv, flacht jedoch ab. Sie geht an den Arbeitslosen (-226) vorbei. Ein Bericht des Statistischen Landesamtes zeigt, dass die Zunahme der Beschäftigtenzahl auch darauf zurückzuführen ist, dass die durchschnittliche Arbeitszeit pro

Beschäftigtem gesunken ist. Es arbeiten mehr Menschen in Teilzeitarbeitsverhältnissen.

- Der relative Anteil der Hartz-IV-Bezieher (SGB II) ist gegenüber dem Vormonat um 0,1 % auf 58 % gestiegen. Die absolute Zahl der SGB-II-Arbeitslosen beträgt 125.311 und ist im Oktober um 560 Personen oder 0,4 %, gegenüber dem Vorjahresmonat um 524 Personen oder 0,4 % gesunken. Diese Veränderung ist einem Stillstand gleichzusetzen.
- 65.855 Personen oder 30,5 % aller Arbeitslosen sind länger als ein Jahr arbeitslos. Das sind 635 Personen gegenüber dem letzten Monat und 3.960 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat weniger.
- Betroffen von Langzeitarbeitslosigkeit sind vor allem Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Sie sind an der Arbeitslosigkeit mit 58 %, an der Langzeitarbeitslosigkeit jedoch mit 84,9 % beteiligt.
- Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt 577 Tage für SGB-II-Arbeitslose – zwei Tage weniger als im Vormonat und sechs Tage weniger gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Dauer der Arbeitslosigkeit im SGB III beträgt durchschnittlich 176 Tage und ist gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 9 Tage gesunken.
- Der Bericht der Arbeitsagentur weist aus, dass zwar im Oktober 64.937 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten, davon jedoch nur 19.530 Personen aus der Arbeitslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit übergehen. Das sind 2.000 Personen weniger als im Vormonat.
- Nur 16,6 % derjenigen, die aus dem SGB II heraus ihre Arbeitslosigkeit beendeten, konnten eine Erwerbstätigkeit beginnen. Von den SGB-III-Empfängern, die aus der Arbeitslosigkeit abgingen, waren das immerhin 42,7 %.
- Der Bestand an offenen Stellen beträgt 95.121, womit auf jede gemeldete offene Stelle ungefähr 2,3 Arbeitslose kommen.
- Die Zahl der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen hat sich gegenüber dem Vormonat leicht um 66 und gegenüber dem Vorjahresmonat um 24 auf jetzt 4.417 Plätze erhöht. Angesichts der Gesamtzahl von 65.855 Langzeitarbeitslosen ist das ungenügend.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist zu nutzen, um durch eine qualifizierte öffentlich geförderte Beschäftigung die Teilhabe an Arbeit zu ermöglichen. Statt aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, wird inzwischen für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so viel ausgegeben wie für Unterstützungs- und Eingliederungsmaßnahmen. Dabei werden laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (KB 4/2016) nur noch 14 Prozent aller Stellenbesetzungen über die Agenturen für Arbeit abgewickelt. Was die Agenturen und Jobcenter als ihr Kerngeschäft reklamieren, findet weitestgehend ohne sie statt. kk/as

Weitere Informationen: Klaus Kittler, Referent für Arbeitslosenhilfe und Armut, Tel.: 0711/1656-233, E-Mail: kittler.k@diakonie-wuerttemberg.de

Hinwendung zum Menschen – von Anfang an

**Nach einer fulminanten Aufführung des Elias von Felix Mendelssohn-Bartholdy feierte die Karlshöhe am Sonntag auf den Tag genau mit einem Gottesdienst die Einweihung der Karlshöhe durch König Karl von Württemberg im Jahr 1876. Er war der Namensgeber, seine Königin Olga aber stellte vor 140 Jahren das finanzielle Fundament zur Verfügung. Bruno Kneisler, viele Jahre Sozialdezernent des Landkreises, erhielt während des Gottesdienstes das Kronenkreuz der Diakonie in Gold als Dank für 26 Jahre ehrenamtliches Engagement im Verwaltungsrat.**

**Ludwigsburg.** Das Blechbläser-Ensemble der Evangelischen Hochschule unter Leitung von Michael Peuser gab den Takt sowohl inhaltlich als auch atmosphärisch für den sonntäglichen Gottesdienst vor: „Lobet den Herren alle, die ihn ehren“, spielten die elf Musiker. Grund dafür hat die Stiftung am Südrand der Stadt Ludwigsburg: Über 14 Jahrzehnte konnte sie ihre Angebote beständig und behutsam ausbauen, derzeit entsteht das Haus Doppelpunkt – 40 Plätze für Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Die Diakone Jörg Beurer (Karlshöher Diakonieverband) und Dieter Sauter (Jugendhilfe) verdeutlichten in einen kompakten historischen Rückblick die Verwurzelung der Karlshöhe in Ludwigsburg genauso wie die unbedingte Hinwendung zum Menschen von Anfang an.

Als theologischer Vorstand der Karlshöhe stellte Dr. Dörte Bester den Bibeltext des Gottesdienstes vom 6. November 1876 in den Mittelpunkt ihrer Predigt: Jesaja 58 und da insbesondere den Vers „Und du sollst heißen: ‚Der die Lücken zumauert und die Wege ausbessert, dass man da wohnen könne.‘“ Es stelle sich die Frage, wie man mit Brüchen und Abbrüchen im Leben umgehe, es sei wichtig, Risse zu heilen und dazu beizutragen, dass die Gemeinschaft und die Gesellschaft nicht auseinanderfallen. In Bezug auf die Karlshöhe sei dies sehr konkret: „Die Not fordert zum Handeln auf, die Arbeitsfelder der Karlshöhe seien immer eine Antwort auf konkrete Notlagen gewesen.“ Als Beispiele nannte sie das Haus auf der Wart und dessen Hilfen für Menschen mit psychischen und seelischen Schwierigkeiten. Damit dies kein Tropfen auf den heißen Stein bleibe, sei es aber wichtig, „konkrete Strukturen dafür zu schaffen, um der Not beizukommen.“ Eindringlich machte sie darauf aufmerksam, wie schmal der Grat oft ist zwischen Erfolg und Scheitern ist, „denen, die den Leistungsansprüchen gerecht werden und denen, die nicht mithalten können“. Bester wies darauf hin, dass „Keiner, wirklich keiner ohne einen auskommt, der für uns, für mich da ist.“ Wir alle seien auf Nahrung, auf einen sicheren Ort, auf Beschäftigung und Beziehungen angewiesen. „Wir brauchen Gottes Barmherzigkeit, weil wir selbst oft so hartherzig sind.“ pm

Weitere Informationen: Karlshöhe Ludwigsburg, Jörg Conzelmann, Leiter SB Kommunikation, Auf der Karlshöhe 3, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 07141/965 115, E-Mail: Joerg.conzelmann@karlshoehe.de

Nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden

**Bestehende Unterstützungssysteme zu erhalten, flächendeckend auszubauen und in den Präventionsangeboten nicht nachzulassen: Das fordern die Teilnehmerinnen der Bundesfachkonferenz Zwangsverheiratung, die in Stuttgart stattgefunden hat. Die Fachfrauen haben an zwei Tagen zum zehnten Mal ihre Erfahrungen ausgetauscht, nach 2006 zum zweiten Mal in der baden-württembergischen Landeshauptstadt.**

**Stuttgart.** Dieses Mal waren 37 Expertinnen von elf Krisen-Einrichtungen und zwölf Fachberatungsstellen für Zwangsverheiratungen vertreten. Sie kamen aus ganz Deutschland – von Hamburg bis München. Eingeladen hatten die beiden Fachdienste ROSA und YASEMIN der Evangelischen Gesellschaft (eva). Zwei Schwerpunktthemen hatte die Bundesfachkonferenz in diesem Jahr: Zum einen die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für volljährige junge Frauen, die unter Gewalt im Namen der Ehre leiden; zum anderen Ehen von Minderjährigen – so genannte „Frühehen“.

Was nach trockener Bürokratie klingt, hat ganz konkrete Auswirkungen für junge Frauen, die von Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre bedroht sind: Die jungen Volljährigen zwischen 18 und 21 Jahren können oft nicht in Frauenhäusern bedarfsgerecht untergebracht und betreut werden, sondern brauchen spezielle Schutz-Einrichtungen. Doch diese sind über die Jugendhilfe finanziert. Die langjährigen Erfahrungen der Expertinnen der Bundesfachkonferenz zeigen: Es ist oft schwierig, den volljährigen jungen Frauen – und seltener auch Männern – in einer akuten Notlage schnell die richtige Hilfe zu gewähren. Denn viele Jugendämter erkennen den Jugendhilfebedarf bei drohenden Zwangsverheiratungen nicht an. Häufig werden die Kosten für die Unterbringung nicht übernommen; falls doch, ist das mit langwierigen bürokratischen Hürden verbunden. Dieser zeitaufwändige Vorgang ist für die Betroffenen schwer auszuhalten. Nach ihrer Erleichterung, der Zwangsverheiratung entflohen zu sein, fühlen sie sich vom Staat allein gelassen.

Bundesweit gibt es im Bereich der Jugendhilfe nur sehr wenige Plätze in speziellen Krisen- und Schutzeinrichtungen für von Zwangsverheiratung Betroffene, die pauschal finanziert sind. In diesem Fall ist die Unterbringung von einer Kostenzusage für den einzelnen jungen Menschen unabhängig. Deshalb sei es umso wichtiger, dass den Betroffenen sofort Jugendhilfe gewährt wird, wenn sie von zu Hause fliehen, so die Konferenz-Teilnehmerinnen. Die Fachfrauen hatten den Stuttgarter Anwalt Jörg Lang eingeladen, einen Experten für das Thema Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, die mit Gewalt im Namen der Ehre und Zwangsverheiratung zusammenhängen. Dieser informierte sie in einem Vortrag darüber, wie die jungen Frauen Leistungen der Jugendhilfe erhalten und wie die Fachdienste sie dabei gut beraten können.



Der zweite Schwerpunkt der Bundesfachkonferenz waren Ehen von Minderjährigen – so genannte „Frühehen“. Erst vereinzelt fragen Jugendämter bei Schutzeinrichtungen nach Plätzen für Mädchen, die minderjährige Ehefrauen sind oder gegen ihren Willen verheiratet werden sollen. Doch die Expertinnen rechnen damit, dass die entsprechenden Anfragen zunehmen werden.

Was brauchen die jungen geflüchteten Mädchen? Wie ist ihre rechtliche Situation? Was brauchen sie zusätzlich, um Entscheidungen für sich zu treffen? Alle Fachfrauen waren sich einig: es handelt sich hier um ein komplexes Thema, für das es keine pauschalisierenden und einfachen Lösungen gibt. Nötig sind Einzelfallentscheidungen und eine angemessene langfristige Begleitung. Die jungen Menschen müssen ambulant aufgesucht werden, um sie zu unterstützen, die jungen Frauen müssen getrennt von ihren Ehemännern und der Familie angehört werden. Geflüchtete Mädchen benötigen bedarfsgerechte Wohnplätze, die ihnen Schutzraum bieten. Diese müssten geschaffen werden, so die Fachfrauen.

Die Fachfrauen treten dafür ein, dass mit den Betroffenen zusammen gearbeitet und nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre müssen unbedingt weiter bekämpft werden – davon waren die Teilnehmerinnen der Bundesfachkonferenz überzeugt. pm

Weitere Informationen: Evangelische Gesellschaft Stuttgart, Pressesprecherin Ulrike Herbold, Büchsenstraße 34/36, 70174 Stuttgart, Tel. 0711/20 54-321, E-Mail: [ulrike.herbold@eva-stuttgart.de](mailto:ulrike.herbold@eva-stuttgart.de)

mitMensch Preis 2016

**Einer der fünf mitMensch Preise geht in diesem Jahr an das Vertretungsgremium des Förder- und Betreuungsbereichs FuB der GWW-Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH Sindelfingen. Zwei Gremienmitglieder nahmen zusammen mit GWW-Geschäftsführerin Andrea Stratmann den Preis in Berlin entgegen.**

Im Herbst 2015 traf sich das neue Gremium mit Selbstvertretern aus den FuBs der GWW erstmals zu einer großen Besprechung mit der Geschäftsführung. Bis dahin wurden die Beschäftigten der Förder- und Betreuungsbereiche durch den Werkstattrat gegenüber der Unternehmensleitung vertreten. Nun können sie sich selbst vertreten.

Ausgerüstet mit diversen Hilfsmitteln wie Talkern, Tablet-PCs und farbigen Ampel-Karten bringen sie sich bei ähnlichen Themen wie denen des Werkstatrats ein, zum Beispiel bei Planungen und Verwirklichung von Angeboten und Hilfen für die FuB-Teilnehmer in der GWW oder bei Personaleinstellungen. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen werden ebenfalls vom FuB-Gremium unterstützt.

Die GWW war mit dem FuB-Gremium eine der fünf Gewinner des mitMensch Preises, die aus über 70 Bewerbern ausgewählt wurde. Als Preis haben sie einen sehenswerten Film über ihren FuB-Beirat erhalten. Dazu Geschäftsführerin Andrea Stratmann: „Wir freuen uns sehr, dass unser FuB-Beirat so viel Interesse erfahren hat. Das zeigt, dass wir bei der umfassenden Mitsprache der Menschen mit Behinderung in der GWW auf dem richtigen Weg sind.“ pm

Hier geht's zum Film:  <https://www.youtube.com/watch?v=jXmgaVt-i9I>

Weitere Informationen: GWW - Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Steffen Müller, Leiter Unternehmenskommunikation, Robert-Bosch-Str. 15, 71116 Gärtringen, Tel.: 07034/27041-130 Mobil: 0174/3177719, E-Mail: [steffen.mueller@gww-netz.de](mailto:steffen.mueller@gww-netz.de)

„Wir müssen weg von Zuständigkeiten, hin zu Verantwortlichkeiten!“

**Die Zieglerschen haben in Wilhelmsdorf das 100-jährige Jubiläum ihrer Vereinsgründung gefeiert. Die Festrede hielt der baden-württembergische Minister für Soziales und Integration, Manfred Lucha. Dabei wurde nicht nur zurückgeschaut, sondern vor allem nach vorne: Die Frage nach der künftigen Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips in der sozialen Arbeit und nach der gesellschaftlichen Rolle von Politik und Trägern sozialer Dienstleistungen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.**

**Wilhelmsdorf.** „Die Zieglerschen sind aus dem sozialen Engagement einzelner Menschen entstanden, die sich nicht mit den gesellschaftlichen Verhältnissen abfinden wollten.“ Mit diesen Worten begrüßte Oberkirchenrat Werner Baur, Aufsichtsratsvorsitzender der Zieglerschen, die rund 70 geladenen Gäste beim Festakt in der „Kirche am Weg“ der Suchtfachklinik Ringgenhof. „Heute wird unsere Arbeit vom Engagement vieler Menschen getragen“, stellte Baur fest und blickte zurück in die fast 180-jährige Geschichte der diakonischen Arbeit der Zieglerschen, die vor genau 100 Jahren von der „Privatanstalt“ der Familie Ziegler in einen gemeinnützigen Verein überführt wurde.

Rolf Baumann, kaufmännischer Vorstand der Zieglerschen, hielt ein Plädoyer für das Subsidiaritätsprinzip in der sozialen Arbeit. Dass diese nur dann direkt vom Staat erbracht wird, wenn Einzelne, Gruppen oder freigemeinnützige Träger sie nicht aus eigener Kraft leisten könnten, sei ein wichtiges Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft. „Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich für soziale Belange engagieren“, so Baumann. Das Prinzip der Subsidiarität ermögliche eine Vielfalt von fachlich und weltanschaulich unterschiedlich ausgerichteten Angeboten und Innovationen zum Wohl der Menschen mit Assistenzbedarf. „Trägervielfalt ist eine Voraussetzung, um das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen, die Hilfe benötigen, auch mit Leben zu füllen“, betonte er. Baumann äußerte sich besorgt darüber, dass Überregulierung, Ideologisierung und Sparzwänge das Subsidiaritätsprinzip bedrohten, weil sie die Entfaltungsräume für privates oder bürgerschaftliches Engagement einengten. Als Beispiel nannte Baumann die neue Landespersonalverordnung. Einrichtungsleitungen stünden hier in der Gefahr, „kriminalisiert“ zu werden: nach drei Ordnungswidrigkeiten, etwa wegen Nichteinhaltung einer bestimmten Personalbesetzung, verlören sie ihre Eignung für diese Funktion. Vergleichbare Bestrafungen für nicht vollständig vermeidbare Fehler gebe es in keinem anderen Bereich.

Sozialminister Manfred Lucha bekräftigte in seiner Festrede, dass man im Spannungsfeld zwischen zu viel Kontrolle und zu gutmütigem Vertrauen im Verhältnis zwischen Politik und Leistungserbringern einen Mittelweg finden müsse. Die Partnerschaft, die sich im klassischen sozialwirtschaftlichen „Dreiecksverhältnis“ zwischen den Menschen mit Unterstützungsbedarf, der Politik und den Trägern sozialer Dienstleistungen ausdrücke, sei das,

was man auch in Zukunft anstreben solle. „Wir müssen weg von Zuständigkeiten, hin zu Verantwortlichkeiten“, mahnte Lucha und ergänzte, dass weder die Politik, noch Träger sozialer Einrichtungen einen Selbstzweck hätten. „Subsidiarität ist kein Selbstzweck, sie ist Mittel zum Zweck“, so Lucha weiter. Gerade vor dem Hintergrund des stärker werdenden Rechtspopulismus sei es wichtig, die Bürger als Anwälte in eigener Sache mit ihren Problemen ernst zu nehmen und in gemeinsamer Verantwortung an Lösungen zu arbeiten. „Es geht nicht darum, wer Recht hat. Ich lade Sie ein: Lassen Sie uns das Land gemeinsam gestalten“, betonte Manfred Lucha zum Abschluss seiner Rede.

Die Historikerin Inga Bing-von Häfen ordnete die Gründung des „Zieglerische Anstalten e.V.“ (heute: „Die Zieglerschen e.V.“) in den historischen Kontext ein. Am 11. November 1916, mitten im ersten Weltkrieg, war die Satzung für den neuen Verein zu Protokoll gegeben worden. Damit wurde ein diakonisches Vermächtnis für die Zukunft gesichert: das von August Friedrich Oßwald, der 1837 in Wilhelmsdorf die Arbeit mit „Taubstummen“ begonnen hatte, und von Johannes Ziegler, der diese Arbeit ab 1873 ausgebaut und um weitere Hilfefelder erweitert hatte. Im 19. Jahrhundert sei es durchaus üblich gewesen, so Bing-von Häfen, soziale Einrichtungen als Privatanstalten zu führen. Damit hingen diese jedoch gänzlich von der Person des jeweiligen Leiters ab. Die Überführung in den Verein, die der 1907 verstorbene Johannes Ziegler in seinem Testament verfügte, machte die „Anstalten“ unabhängig von Einzelpersonen.

Prälatin Gabriele Wulz stellte in ihrer Andacht die Risikobereitschaft und das Engagement der Gründerväter in den Kontext des Gleichnisses vom Kaufmann, der für das Reich Gottes gleich einer kostbaren Perle all seinen sonstigen Besitz aufgibt. „Ich wünsche auch Ihnen, dass Sie das finden, wofür es sich lohnt, alles auf eine Karte zu setzen“, gab sie den Anwesenden mit auf den Weg.

Über 3.000 Mitarbeitende betreuen bei den Zieglerschen an über 50 Standorten in Baden-Württemberg rund 6.500 Menschen pro Jahr. Begonnen hat die diakonische Arbeit der Zieglerschen 1837: Der Taubstummenlehrer August Friedrich Oßwald eröffnete in der pietistischen Siedlung Wilhelmsdorf zunächst eine „Taubstummenanstalt“, einige Jahre später kam ein Internat für Knaben hinzu. Johannes Ziegler, ebenfalls Lehrer und verheiratet mit Oßwalds Tochter Mathilde, übernahm 1873 die Geschäfte und baute die diakonische Arbeit in und um Wilhelmsdorf aus. Viele Angebote der Zieglerschen gehen auf ihn zurück: so die Arbeit mit Menschen, die zusätzlich zu einer Hör-Sprachbehinderung auch eine geistige Behinderung haben oder die überregional renommierten Fachkliniken für Menschen mit einer Suchterkrankung. pm

Weitere Informationen: Sarah Benkisser, Funktionsbereichsleiterin Kommunikation, Saalplatz 4, 88271 Wilhelmsdorf, Tel.: 07503/929-257, E-Mail: [benkisser.sarah@zieglersche.de](mailto:benkisser.sarah@zieglersche.de)

### Kurznachrichten

**Stuttgart.** Das Diakonische Werk Württemberg, Landesstelle Brot für die Welt, lädt zum festlichen **Benefizkonzert des Stuttgarter Kammerorchesters für Brot für die Welt** ein. Es findet am **11. Dezember 2016 um 17 Uhr in der Gaisburger Kirche**, Faberstr. 16, in Stuttgart statt. Schon in den vergangenen Jahren hat das Orchester in der Vorweihnachtszeit für Brot für die Welt gespielt und großen Anklang gefunden. Unter der Leitung von Bogdan Božović stehen Werke von Georg Philipp Telemann, Johann Sebastian Bach und Georg Friedrich Händel auf dem Programm. Der Eintritt ist frei. Traditionsgemäß verzichten die Musikerinnen und Musiker zugunsten von Brot für die Welt auf ein Honorar und rufen stattdessen zu Spenden auf. Im Anschluss laden das Diakonische Werk Württemberg und das Stuttgarter Kammerorchester mit freundlicher Unterstützung der Württembergischen Bäckerfachschule und den Winzern vom Weinsberger Tal alle Konzertgäste ein, den 3. Advent bei Christstollen und Glühwein ausklingen zu lassen. Das Stuttgarter Kammerorchester unterstützt Brot für die Welt zum achten Mal. Das Konzert ist Teil der Aktion „Musik zum Teilen – So gut kann Hilfe klingen.“ js

**Frankfurt/Stuttgart.** Die hauswirtschaftlichen Verbände und Organisationen haben in Frankfurt am Main den **Deutschen Hauswirtschaftsrat gegründet**. Auch das Diakonische Werk Württemberg ist über die Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft Mitglied. Ziel des Zusammenschlusses der Akteure in der Domäne Hauswirtschaft ist es, der Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft zu sein. Der Verbund setzt sich ein für die Darstellung der zentralen Bedeutung der Hauswirtschaft für die Gesellschaft und eine nachhaltige, qualitätsorientierte hauswirtschaftliche Versorgung und Betreuung der Bevölkerung. pm

**Sulz.** „Wir haben das Sommerloch gut überstanden und im Herbst wieder aufgeholt durch einen sehr starken Oktober“, so Lothar Hölzle, der Kaufmännische Leiter im **Berneuchener Haus**. „Wir werden in diesem Jahr 17.900 Übernachtungen erreichen. Unser Break-Even liegt bei 18.000. Das ist ein Grund, dankbar zu sein.“ Man sei Herausforderungen angegangen: die Gruppen bleiben oft nur noch einen Tag, immer öfter gibt es einen fast fliegenden Wechsel mit nur einer Stunde Zeit zum Zimmerputzen und die Nachfrage nach Events wie Grillabenden oder Bierproben steigt stetig. Lothar Hölzle: „Früher waren die Übernachtungen der größte Umsatzträger, 2016 hat die Verpflegung die Übernachtungseinnahmen überholt. Um das zu stemmen, muss das gesamte Team immer flexibler werden.“ Insgesamt erwartet Lothar Hölzle zwar kein positives Betriebsergebnis, mit Spenden und Nachlässen wird das Gesamtergebnis für das Berneuchener Haus 2016 jedoch im grünen Bereich liegen. Für 2017 plant man auf dem Kirchberg mit nur 17.500 Übernachtungen - es stehen Baumaßnahmen an, die sowohl den größten Tagungsraum, den Kapitelsaal, als auch einige Gästezimmer betreffen. Auch der Umbau der Oberen Scheuer mit einer Gesamtsumme von rund 1,9 Millionen Euro ist geplant. pm

Personalnachrichten

**Hermann Koch**, Religionspädagoge und Autor, ist im Alter von fast 92 Jahren **gestorben**. Wenn man sich auf der Karlshöhe an einen Dozenten der früheren Kirchlichen Ausbildungsstätte mit Gewissheit erinnert, ist das der Religionspädagoge Hermann Koch. Da stand ein Mann mit weißem Haar, fester Stimme und ansteckendem Humor. Ein Diakon und Lehrer mit Stimme, Gewicht und – vor allem – Charisma. Der Ostälbler wurde 1924 in Walxheim bei Aalen geboren. Von 1950 bis zur Pensionierung 1988 war er Dozent und Studienleiter für Religionspädagogik auf der Karlshöhe, zum Schluss als Professor, was an seiner bescheidenen Art nichts änderte. Auf unvergleichliche Weise prägte er Generationen von Diakonen durch seine Vorlesungen, jede eröffnete er mit einem frei vorgetragenen Gedicht aus einem Reclam-Büchlein, von denen er unzählige Meter besaß. Unvergessen bleibt einem dabei seine Intonation, einer wunderbaren Mischung aus respektvoller Inbrunst und verstecktem Witz. Einen Namen weit über das Land hinaus machte er sich als Buchautor. Mehrere biblische Romane wurden zum gefragten Lesestoff in der christlichen Szene. Sein biblischer Roman „Wenn der Löwe brüllt“ erschien in einer Auflage von 60.000 Stück. In „Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht – von den Idolen des Nationalsozialismus zu den großen Propheten der Bibel“ erzählt er seine beeindruckende Lebensgeschichte. pm